

Franz Neuland

Proletarier und Bürger Revolution und Konterrevolution 1848/49 in Frankfurt am Main

Franz Neuland, geb. 1927 in Frankfurt/M., besuchte nach Wehrdienst und Gefangenschaft das Abendgymnasium, arbeitete als Journalist und als Personalleiter. Zwischen 1961 und 1981 war er zeitweise Betriebsratsvorsitzender sowie 2. Bezirksvorsitzender der IG Druck und Papier. Der Autor zahlreicher Publikationen zur deutschen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung lebt im Ruhestand bei Lüneburg.

Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Rheinbundstaaten und sogar den neuen Westprovinzen Preußens, wo wenigstens Teile der fortschrittlichen Gesetzgebung aus

der Rheinbundzeit erhalten blieben oder erste Verfassungen einen Ansatz zeitgemäßer Staatsgestaltung zeigten (Baden, Bayern, Nassau, Württemberg und Hessen-Darmstadt), erfolgte 1816 in dem Zwergstaat Freie Stadt Frankfurt ein vollständiger Rückfall in die vorrevolutionären und vor-napoleonischen Zustände. Es war eine „*Freie Stadt ohne Freiheiten*“, wo 1817 unter etwas mehr als 40000 Einwohnern gerade einmal 300 männliche Vollbürger ein indirektes Wahlrecht zu einer dreigliedrigen Stadtregierung ausübten, die keineswegs den Staatsrechtslehren des Zeitalters der Aufklärung entsprach. Unter der politisch rechtlosen Bevölkerungsmehrheit befanden sich neben den Juden und den Bewohnern der sieben Landgemeinden auf der untersten Stufe die Handwerksgesellen. Sie unterstanden einer strengen Pblizeikontrolle, unterworfen einem noch immer mittelalterlich geprägten Zunftregime mit Logispflicht im Hause des Meisters, Abspracheverboten, Lohnbeschränkung und insgesamt unwürdigen Lebensbedingungen, die oft genug kaum über denen der Haustiere lagen. „Frankfurt“ - so schrieb der Dichter und Publizist Ludwig Borne - „ist gewiß eines der engsten und spitzesten Krähwinkel, die es in Deutschland geben mag.“

Die Stadtregierung hatte sich lange gegen alle Tendenzen zur wirtschaftlichen Vereinigung im Deutschen Zollverein gesperrt. Als sie ihm schließlich 1836 notgedrungen beitrug, stoppte dieser Akt zwar den wirtschaftlichen Niedergang, nicht aber die Erosion ganzer Gewerbe, die den veränderten frühkapitalistischen Produktionsbedingungen und den unter ihnen erzeugten billigeren Waren nichts entgegenzusetzen hatten. Meister wurden zu Proletariern, Gesellen brotlos. Am schärfsten traf es dabei Holzarbeiter, Schuhmacher, Schneider - wie überhaupt Angehörige der verschiedensten Bekleidungsberufe - und die Buchdrucker. Kein Wunder, daß diese Gewerke unter den ab Mitte der dreißiger Jahre entstehenden oppositionellen Gruppierungen die Aktivisten stellten.

Der Widerstand gegen die vom Wiener Kongreß 1815 begründeten, von der „Heiligen Allianz“ (Rußland, Preußen, Österreich) garantierten und vom Bundestag im Frankfurter Palais Thurn und Taxis überwachten deutschen Zustände war zunächst rein antifeudal und bürgerlich-intellektuell geprägt, konnte aber auch in diesem Stadium nur durch die Beteiligung von Handwerkern und Arbeitern in die Breite und Tiefe wirken. Das gilt sowohl für den in Frankfurt starken „Männerbund“, dessen Einfluß bis ins Stadtmilitär reichte, wie für den Bund der Geächteten. Vor allem dieser Geheimbund hatte in Frankfurt am Main einen starken Knoten in seinem ganz Deutschland überspannenden Netz, ehe er im Herbst 1840 zerschlagen wurde. Doch die Opposition wurde von dem aus den „Geächteten“ hervorgegangenen Bund der Gerechten fortgesetzt, der sich alsbald Bund der Kommunisten nannte. In zahlreichen Gesangs- und Turnvereinen, auch dem 1845 gegründeten Frankfurter Turnverein, fand dieser Geheimbund zunehmend Anhänger und schließlich legale Organisationsformen, und der wachsende Unmut mit den politischen und sozialen Verhältnissen der Zeit - verschärft durch drei aufeinanderfolgende Wirtschaftskrisen und zwei Hungersnöte - artikulierte sich ab 1846 in alljährlichen Sängervereinigungen und Turnfesten in der unmittelbaren Umgebung Frankfurts. So 1847 in Wiesbaden, wo erstmals auch ein Aufruf an die Handwerksgesellen Deutschlands verfaßt wurde, in Bergen oder in Heppenheim an der Bergstraße. Bei einem Turnfest in Hattersheim am Main am 9. Januar 1848 rief der Frankfurter Metallarbeiter Graf zur Gründung eines „Proletariervereins“ auf, eine Losung, die alsbald Gestalt annehmen sollte, nachdem die französische Februarrevolution von 1848 rasend schnell auf ganz Süddeutschland übergriff, dabei auch Frankfurt nicht ausließ, ehe sie in Wien und Berlin siegte.

Republik ohne Republikaner

Frankfurt als Sitz der Bundesorgane sollte zwangsläufig neben Berlin und Wien der dritte Platz werden, an dem sich Sieg oder Niederlage der Revolution entscheiden

würde. Berlin und Wien waren die Zentren der stärksten deutschen Staaten, Frankfurt der Sitz des verhaßten Bundestages, aber gerade deshalb und wegen seiner zentralen Lage der geeignete Platz für die aus der Revolution hervorgehenden Organe: das Vorparlament und die Nationalversammlung. Ansonsten war es ein „gemütliches Pflaster“, kein „kochender Vulkan“ wie Paris, der der ganzen Nation zum Energiespender hätte dienen können.

Als die Revolution Wien und Berlin noch nicht erreicht hatte, waren in Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Kurhessen und Württemberg schon liberale „März-Ministerien“ gebildet worden, mit deren Errichtung der deutsche Liberalismus seine Ziele erreicht sah. Sobald in allen deutschen Staaten dieser Akt ebenfalls vollzogen wäre, sollte eine Nationalversammlung als „krönenden Abschluß“ das Dach einer gesamtdeutschen demokratischen Verfassung über ein neu organisiertes Deutschland setzen. Dies jedoch im Einvernehmen und Einverständnis mit jenen Fürsten, die bisher die Nation in Unfreiheit gehalten, ihr Demokratie und Einheit verweigert hatten. So hatten es die Häupter des deutschen Liberalismus am 10. Oktober 1847 in Heppenheim vertraulich vereinbart. Hinter jeder weitergehenden Veränderung, gar der Errichtung einer Republik, lauerte aus ihrer Sicht das Gespenst der „roten Revolution“, der „Jakobinerherrschaft“. Deshalb befaßten sie sich auch nicht mit der Lösung der sozialen Frage, lehnten jede Beteiligung der besitzlosen Volksmassen bei Handhabung der Staatsgeschäfte ab, betrieben aktiv deren Ausschluß aus der demokratischen Gesellschaft.

Starke republikanische Strömungen gab es in Süddeutschland. Doch aus den vier Republiken im Deutschen Bund - aus den drei Hansestädten im Norden wie aus Frankfurt am Main - wehte kaum ein republikanischer Gegenwind. Auch die Frankfurter Bürger waren gewillt, die Revolution vor den Thronen anzuhalten. Sie begnügten sich am Abend des 3. März 1848 mit einer Petition an den Senat, in der die klassischen Forderungen des deutschen Liberalismus enthalten waren, vor allem die nach Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, nach Volksbewaffnung, Gleichheit vor dem Gesetz und politischer Amnestie. Die Erfüllung der Petition wurde vom Senat nicht etwa gefordert, sondern erbeten. Da auch der noch immer amtierende reaktionäre Bundestag am 1. März Besserung verheißen hatte, war es der Frankfurter Regierung leicht gemacht, einige der Forderungen schnell zu erfüllen, anderes in Aussicht zu stellen, wofür ihr auch ausreichend Zeit eingeräumt wurde, was sie weidlich ausnutzte, indem sie vor allem die Verfassungsfrage vor sich herschob.

Unterstützung durch die Volksmassen war den Frankfurter Petitionsliberalen suspekt. Als am Abend des 4. März 1848 sich eine große Volksmenge vor dem „Römer“ versammelte, dem Rathaus der Stadt, um die Deputation zu unterstützen, die die Petition an den Senat überbrachte, und eine Erklärung des Älteren (=Ersten) Bürgermeisters allzu offenkundig die reservierte Haltung des Senats sichtbar machte, wollte die Menge das Rathaus stürmen. Die längst mobilisierte Stadtwehr verhinderte das, und als nach einer mehrstündigen Demonstration, an der vor allem Handwerksgesellen und Turner beteiligt waren, die Teilnehmer eine schwarzrotgoldene Fahne am Römer anbringen wollten, wurde dies ebenfalls verhindert.

Schwarz-Rot-Gold, die Farben der deutschen Demokratie, waren den Frankfurter Liberalen durchaus verpönt. Trägern der deutschen Kokarde, die damit vor allem ihrer republikanischen Gesinnung Ausdruck verliehen, wurde diese abgerissen. Erst als ausgerechnet über dem Bundespalais der deutsche Dreifarb aufgezo-gen wurde, was - wie ein Zeitgenosse höhnte - wirkte, „wie der Jungfernkranz auf einem Hurenhaus“, wurden in Frankfurt am Main die deutschen Farben im wahrsten Sinne des Wortes „hoffähig“.

Republikaner wurden die Frankfurter Liberalen deswegen dennoch nicht. Im Gegenteil: Sie entfalteten eine rege Agitation zugunsten der Vereinbarungspolitik zwischen bürgerlichem Liberalismus und der „Legitimität“ (der Fürsten). „Keine Republiken in Deutschland! Monarchie, gestützt auf republikanische Institutionen“, forderte eine Zeitung, und ergänzte wenig später: „Jeder Versuch zur Einführung der Republik in Deutschland ist in gegenwärtiger Zeit ein Hochverrat...“ Das war eindeutig, und der vorläufige Höhepunkt war jene Demonstration am Vorabend des Zusammentritts des Vorparlaments, welcher eine schwarzrotgoldene Fahne mit der Aufschrift „Keine Republik!“ vorangetragen wurde. Gegen diesen Bürgeraufzug mobilisierten Frankfurter Handwerker und Arbeiterturner eine Gegendemonstration, wobei in den sich entwickelnden handgreiflichen Auseinandersetzungen den Bourgeois die Fahne entrissen wurde.

Waren die liberalen Bürger an diesem 30. März von Gesinnungsfreunden aus Darmstadt unterstützt worden, Anhängern des dortigen Ministerpräsidenten Heinrich von Gagern, nachmaligem Präsidenten der Nationalversammlung und Promotor der Vereinbarungspolitik mit den Fürsten, so hatten die Frankfurter Demokraten in den Hanauer Turnern und Mitgliedern des dortigen Republikanischen Vereins Mitkämpfer gefunden. In Frankfurt aber konnten sie sich ebensowenig dauerhaft durchsetzen wie ihre Gesinnungsfreunde im Vorparlament und später bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Das Frankfurter Mandat erhielt am 1. Mai der Advokat Dr. Jucho mit Vierfünftelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Als sein Bekenntnis hatte Jucho vor der Wahl wissen lassen: „Alles geschehe ... mit den Fürsten und Obrigkeiten mitten in dem Volke.“ - Die Arbeiter und überhaupt Besitzlose waren in der Republik Frankfurt von den Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschlossen. Das war durchaus keine Ausnahme; denn in vielen Staaten des Deutschen Bundes wurde es ebenso gehandhabt oder es wurde nicht direkt gewählt, sondern über Wahlmänner, was insgesamt für die Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht folgenlos blieb. Zwar war in der Paulskirche die Zahl ausgesprochen reaktionärer Abgeordneter gering und die der republikanisch gesinnten, von denen auch soziales Engagement erwartet werden konnte, größer, die eindeutige Mehrheit jedoch lag in den Händen überwiegend monarchisch-liberal gesinnter Gruppen.

Die Arbeiter organisieren sich

Das Wahlrecht konnte man den arbeitenden Menschen noch vorenthalten oder erschweren. Von den durch die Revolution errungenen neuen Freiheiten aber waren sie nicht ohne weiteres auszuschließendem der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit - wenngleich es auch hier nicht an Versuchen mangelte, es zu behindern, wie wir am Beispiel Frankfurts sehen werden.

In Frankfurt traten die Buchdrucker in die Spitze einer ganz Deutschland erfassenden Bewegung. Der Frankfurter Schriftsetzer Georg Henkel ergriff mit seinem „Heidelberger Zuruf“ die Initiative zu einer Konferenz, bei der im April 1848 auf der Grundlage seiner hervorragenden Analyse des Elends in diesem traditionsreichen Gewerbe Grundzüge einer Organisation und für die ersten Tarifverträge in der deutschen Sozialgeschichte erarbeitet wurden. In Frankfurt wurde am 30. April 1848 daraufhin die erste Gewerkschaft gegründet, die „Typographia“ an deren Spitze Männer standen, die zum Teil schon in den Geheimbünden zu den Aktivisten der deutschen Opposition gehört hatten. Der „Typographia“ gelang schließlich auch, was in anderen deutschen Städten mißlang: einen Tarifvertrag durchzusetzen, der außer den Arbeits- und Lohnbedingungen auch Lehrlingsbeschäftigung, Schutz vor Schmutzkonzurrenz und die Arbeit an den modernen Druckmaschinen verbindlich regelte. Von Frankfurt gingen lange die Impulse für jene gesamtdeutsche Buch-

druckerorganisation aus, die schließlich in Berlin erfolgreich zustande kam - wenn auch nur für begrenzte Zeit.

Frankfurter Arbeiterverein und Arbeiterzeitung

Aus dem Schöße eines von drei republikanischen Vereinen in Frankfurt - dem Vaterländischen Verein - ging am 14. Mai 1848 der erste Frankfurter Arbeiterverein hervor, der nicht auf ein Gewerk beschränkt war, sondern alle zusammenfaßte und ihre gemeinsamen Interessen mit politischen Mitteln vertrat. Es traten ihm sofort etwa 2000 Handwerksgesellen und Arbeiter bei, die zu ihren Präsidenten den Journalisten Christian Esselen aus Hamm/Westf. (1823 bis 1859) und den Schriftsteller Eduard Pelz aus Altwasser (Schlesien) wählten, beides erprobte Männer der vormärzlichen deutschen Opposition. Esselen hatte auf den Berliner Barrikaden gekämpft, war ehemals preußischer Unteroffizier in dem als „Nest der Insubordination“ bekannten Armeekorpsbezirk Münster (Westf.), aus dem zahlreiche preußische Offiziere und Unteroffiziere als Sozialrevolutionäre hervorgingen, wie etwa auch der Leutnant Joseph Weydemeyer, der später den Frankfurter Arbeiterverein erneuerte und den Frankfurter Bezirk der Arbeiterverbrüderung führte. Esselen und Weydemeyer hatten in Hamm gemeinsam den Aufruf zur Revolution unterschrieben; Weydemeyer war schon im Vormärz Mitglied des Bundes der Kommunisten (BdK) gewesen. Esselen wird als dem BdK zumindest nahestehend bezeichnet; er hat den Frankfurter Arbeiterverein mit fester Hand geführt und ihm ein auf die Bedürfnisse der hiesigen Arbeiterschaft zugeschnittenes „Minimalprogramm“ gegeben.

Die Nationalversammlung in der Paulskirche bedachte der Arbeiterverein mit Petitionen, deren Inhalt auf Behebung der sozialen Notstände zielte und mit denen sich die Frankfurter Arbeiter auch zu nationalen Fragen äußerten. In dem Maße aber, in dem man erkannte, daß auch die Nationalversammlung - wie schon das Vorparlament - den Anliegen der breiten Massen gleichgültig gegenüberstand, wandelte sich das anfängliche Vertrauen zuerst in Gleichgültigkeit und sodann in Haß. Ein Vorgang übrigens, der in ganz Deutschland zu beobachten war. Esselen faßte es in die Worte: „Der Aufschub, den die Revolution ... erlitten hat und der durch den Glauben ... an die revolutionäre Tätigkeit des Parlaments herbeigeführt worden ist, macht die Revolution nur noch erbitterter und hartnäckiger; je mehr man sie zu unterdrücken droht, desto hitziger und heißblütiger wird sie sich wieder erheben.“

Die Frankfurter Bourgeoisie hatte gegen den Arbeiterverein noch am Tag seiner Gründung das Militär mobilisiert, ohne damit die erhoffte Gegenreaktion provozieren zu können. Darauf versuchte sie durch Entsendung wortgewaltiger Advokaten in die Generalversammlungen des Vereins - auch des Frankfurter Paulskirchen-Abgeordneten Dr. Jucho - die Arbeiter ihren gewählten Führern abspenstig zu machen und auf Vereinsbeschlüsse einzuwirken. In Flugblättern, bei denen die Arbeiter als „Freunde“ angedredet wurden, wiederholte man den Versuch. Als alles nichts nützte, wurden Esselen und Pelz unter Mißachtung geltenden Rechts und bei nachweislicher Verdrehung aller Tatsachen - wozu das Polizeiamt offiziell ermuntert wurde -, als „deutsche Ausländer“ kurzerhand des Gebietes der Freien Stadt Frankfurt verwiesen, wo die Nationalversammlung wortreich die Grundrechte des deutschen Volkes beriet. Als der Mainzer Abgeordnete Franz Zitz eine Protestresolution der Frankfurter Arbeiter gegen den Willkürakt an ihren Führern vor dem Plenum rechtfertigte und nur bei seinen Kollegen Schlöffel und Simon Unterstützung fand, predigte er tauben Ohren.

Die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ - wohl das erste Blatt eines deutschen Arbeitervereins überhaupt - hatte man mittels Pressionen auf die Druckereibesitzer schon nach der dritten Nummer aus Frankfurt vertrieben. Zwei weitere Ausgaben erschienen noch in Hanau, bevor das Blatt eingestellt wurde. Esselen und Pelz, die ständig ihren Wohnsitz wechseln mußten, vermochten sie nicht wiederzubeleben.

Schwieriges Bündnis

In seinem Abwehrkampf gegen die liberale Bourgeoisie erhielt der Frankfurter Arbeiterverein so gut wie keine Unterstützung durch die drei demokratisch-republikanischen Vereine, von denen sich der größte noch immer als „Mitte“ verstand und anpries und demgemäß wenig Verständnis für die spezifischen Anliegen der Arbeiter zeigte. Daran änderte zunächst auch der Frankfurter Demokratenkongreß vom 14. bis 17. Juni 1848 nichts, der über allgemeine Deklarationen nicht hinauskam. Immerhin bewirkte er bei den Frankfurter kleinbürgerlichen Demokraten einen Klärungsprozeß, der alsbald zur Abstoßung des rechten Flügels führte.

Das als nationaler Verrat empfundene Versagen der Nationalversammlung in der schleswig-holsteinischen Frage und deren Zustimmung zu dem von Preußen eigenmächtig geschlossenen Waffenstillstand mit Dänemark, der die Eibherzogtümer an dieses auslieferte, ließ die im Laufe des Sommers immer größer gewordene Abneigung gegen die Nationalversammlung in der sogenannten Septemberkrise gipfeln und eine nach Abertausenden zählende Volksversammlung auf der Frankfurter Pfingstweide schließlich in den bewaffneten Aufstand vom 18. September 1848 münden. Gemeinsam standen hier die trotz aller Pressionen beim Arbeiterverein Verbliebenen und die republikanischen Demokraten auf den Barrikaden.

Das nunmehrige Zusammengehen aller Frankfurter Republikaner hatte die Linke der Nationalversammlung unter starken Druck gesetzt, doch nur wenige Abgeordnete – wie etwa Zitz aus Mainz und Simon aus Trier - wagten sich offen zu der Volksbewegung zu bekennen, die Forderung zu unterstützen, sich als Gegenparlament an die Spitze einer zweiten Revolution zu stellen, um so die Versäumnisse der Märzrevolution ungeschehen zu machen.

Der militärisch ungenügend vorbereitete und durchgeführte Frankfurter Septemberaufstand wurde bekanntlich niedergeschlagen, ehe sich die erhoffte Signalwirkung für ganz Deutschland entfalten konnte. Doch das unter so vielen Schwierigkeiten zustande gekommene Bündnis der Demokraten überdauerte die Niederlage, bis der unter dem Eindruck der konterrevolutionären Siege in Berlin und Wien gegründete Zentral-Märzverein daranging, endlich die republikanische Demokratie zentral zu organisieren. Das Bündnis bewährte sich auch erfolgreich bei der Abwehr des Versuchs, in einem künftigen Wahlgesetz für das „Volkshaus“ genannte deutsche Parlament die Arbeiter vom Wahlrecht auszuschließen. Es war das erste Mal, daß eine vereinigte demokratische Front, zu der nunmehr auch die inzwischen gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung und der Gutenbergbund (zentrale Buchdruckerorganisation) gehörten, die Paulskirche zum Einlenken zwang.

Das Bündnis der Republikaner überdauerte sogar die gemeinsame Niederlage in der badisch-pfälzischen Reichsverfassungskampagne, wo man sich gemeinsam für die von den Fürsten verworfene Reichsverfassung der Paulskirche - nicht für die verachtete Nationalversammlung - schlug. Der schon aus dem Septemberaufstand stark geschwächt hervorgegangene Frankfurter Arbeiterverein, der in der Arbeiterverbrüderung aufging, und der Bezirk Frankfurt der Arbeiterverbrüderung, die durch den Verlust vieler Führer in der Verfassungskampagne ebenfalls geschwächt war, wurden im gesamten Untermaingebiet nunmehr vom Bund der Kommunisten unter Führung von Joseph Weydemeyer reorganisiert. Es gelang Weydemeyer, dem verhältnismäßig schwachen „Zentrum“ eine erstaunlich zahlreiche „Peripherie“ in Gestalt eines Bildungsvereins zu verschaffen, der über 700 Mitglieder zählte und eine rege Tätigkeit entfaltete. Hier traten dann Mitglieder der Linksbürgerlichen Vereine als Referenten und Lehrer auf. Man veranstaltete unter den Augen der Reaktion sogar Volksfeste und Geldsammlungen für die Opfer, Hinterbliebenen und Flüchtlinge aus der Reichs-

verfassungskampagne, was manchen offiziellen Vertreter der Reaktion schon die nächste Revolution wittern ließ.

Das so spät zustandegekommene Bündnis bewährte sich in der Not gemeinsamer Verfolgung, ehe - nach vorangegangenen Verboten in Preußen und Sachsen - auch in Frankfurt am Main der Schlußstrich gezogen wurde: Am 5. Januar 1852 verbot die Frankfurter Stadtregierung - nach erfolgreicher Verhinderung einer fortschrittlichen Verfassung wieder fest im Sattel - den Arbeiterverein, den Arbeiter-Leseverein, das „Montagskränzchen“ (stärkster republikanischer Verein), den Volksverein, (ein etwas kleinerer), den Gutenbergbund, die Assoziation der Zigarrenarbeiter und den (Arbeiter-) Turnverein. Damit war die Demokratie in Frankfurt am Main wieder an dem Punkt, wo sie im März 1848 begonnen hatte: in der Illegalität.